

Max-Friedlaender-Preis 21.11.2014
Rede Hans-Dietrich Genscher:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vorab muss ich um Nachsicht bitten, dass ich sitzend zu Ihnen spreche, aber ich habe erst kürzlich einen chirurgischen Eingriff an mir vornehmen lassen, weil ich einen Brustwirbelbruch hatte mit allen Folgen, die sich daraus ergeben. Aber ich werde natürlich versuchen, auch sitzend das zu sagen, was ich normalerweise stehend präsentiert hätte.

Ich muss sagen, dass ich mit großer Überraschung, aber auch großer Dankbarkeit die Auszeichnung entgegennehme. Mit Überraschung deshalb, weil ich nicht nur an München denke, an eine wunderbare, liebenswerte Stadt, sondern auch an Zeiten, in denen meine Außenpolitik, von keinem anderen Platz in der Welt als von München aus im doppelten Sinne des Wortes verfolgt worden ist und deshalb mein Interesse immer in besonderer Weise auf München gerichtet war.

Eine Auszeichnung, die den Namen eines Mannes trägt, der sich große Verdienste erworben hat um das deutsche Rechtswesen, vor allem aber um den Stand der Rechtsanwälte. Der unser Land verlassen musste, wenn er dem Tode entgehen wollte und der einer dieser großen Persönlichkeiten ist, die uns oft später gefehlt haben.

Ich habe nachgesehen: Wer hat den Preis schon bekommen, und festgestellt, es waren herausragende Persönlichkeiten des deutschen Rechtswesens, aus der Politik, ehemalige Kabinettskollegen, einer sogar hat beim Assessorexamen in der mündlichen Prüfung neben mir gesessen. Wir haben beide geschwitzt und haben das Ergebnis, das wir uns vorgenommen haben, nicht erreichen können. Umso mehr fühlen wir uns jetzt geehrt, dass wir diese Auszeichnung bekommen haben. Das erinnert mich an den Tag, an dem ich an der Universität Leipzig - das verbindet mich übrigens mit Friedlaender, auch er hat wie ich, das juristische Studium an der Universität Leipzig beendet - vor etwa 10 Jahren den Ehrendoktor erhalten habe und der Dekan so liebenswürdig war, eine höchst lobende Rede auf mich zu halten. Er hat aber dabei nicht unerwähnt gelassen, dass sie zwei Leute hätten, die den Ehrendoktor der Juristenfakultät - die einzige, die nicht „juristische Fakultät“, sondern Juristenfakultät heißt - in Leipzig absolviert hätten. Der eine sei Goethe und der andere sei ich. Bis dahin habe ich das noch gern gehört. Aber dann hat er gesagt: Beide seien weltbekannt geworden, aber nicht durch ihre juristischen Leistungen.

Meine Damen und Herren, das führt uns zum Beruf zurück, aber vorab muss ich Ihnen sagen, dass ich tief beeindruckt bin, von den beiden Reden, die ich gehört habe. Weil sie über das Thema des Abends hinausgeführt haben, weil Sie, Herr Vorsitzender, Fragen gestellt haben, die eine Antwort erfordern und mich deshalb auch veranlassen, das, was ich sagen wollte, etwas zu ändern und lieber Herr Fischer, als Sie dann fertig waren und ich begeistert geklatscht habe, habe ich mich gefragt: darfst du eigentlich klatschen, wenn jemand so eine schöne Rede auf dich hält. Aber dann habe ich gedacht: wenn eine gute Rede auch was Gutes sagt, darf man trotzdem klatschen, auch wenn es dem eigenen Ruhme dient, was dort gesagt worden ist. Ich möchte Ihnen beiden danken, für das was Sie hier gesagt haben. Sie haben damit Fragen angeschnitten, die uns derzeit alle bewegen mögen.

Wir leben in der Zeit der Jubiläen, im Monat der Jubiläen. Den deutschen Schicksalstag, den 9. November, haben wir vor wenigen Tagen begangen. Oft wird dieser Schicksalstag erinnert, aber nicht an alle Ereignisse.

Ich erinnere mich als erstes an den 9. November 1848, da wurde von einem Erschießungskommando der Reaktion in Wien Robert Blum, der freigewählte Abgeordnete, der liberale Abgeordnete der Paulskirche in Frankfurt erschossen, weil er sich auf die Seite der Demonstranten in Wien gestellt hatte. In seinem Blut wurde die erste bürgerliche Revolution im wahrsten Sinne des Wortes ertränkt. Ein dunkler Tag der deutschen Geschichte. Viele Jahre später, aber wiederum am 9. November 1918 wurde die Wirklichkeit, wofür Robert Blum eingetreten war: Philipp Scheidemann rief die Republik aus - in Berlin. 1923 hier in München die erste Niederschlagung des ersten Hitlerputsches. 1938 - einer der dunkelsten Tage in der deutschen Geschichte, der verniedlichend als Reichskristallnacht bezeichnet wird. Für mich ist es die Mordnacht und die Pogromnacht des Jahres 1938.

Und dann der wohl glücklichste Tag der deutschen Geschichte, der 9. November 1989.

Meine Damen und Herren, das ist eine Geschichte, wie sie eigentlich bewegender nicht sein könnte. Eine Geschichte, die uns aber auch Fragen aufgibt. Fragen, was ist unsere Verantwortung heute und da komme ich auf das, was Sie hier, Herr Dudek, an Fragen gestellt haben. Was auch in der Rede meines Freundes Fischer zum Ausdruck gekommen ist. Was ist die Verantwortung der Deutschen heute? Gibt es eine neue Verantwortung? Gibt es wirklich eine neue Verantwortung? Eigentlich genügt ein Blick in das Grundgesetz, wo wir uns auch daran erinnern wollen, dass es in diesem Jahr ein Jubiläumstag ist, denn 1949 ist ja das Grundgesetz in Kraft getreten. Ich erinnere mich aus vielen Gründen genau daran. Ich studierte damals in Leipzig, hörte bei Erwin Jacobi Staatsrecht. Eine Verfassung wurde ausgearbeitet für die DDR vom Volkskongress und vom Parlamentarischen Rat in Bonn für die Bundesrepublik. Was dieser tapfere Mann, der 1933 seine Professur verlor, nur weil er Sozialdemokrat und nach dem Kriege wieder angetreten war, uns immer vortrug, war nicht das, was im Volkskongress beraten wurde, sondern das, was im Parlamentarischen Rat beraten wurde. Das heißt wir befassten uns in der sowjetischen Besatzungszone in Leipzig mit den Beratungen in Bonn und er sagte, das ganz Große ist der Artikel 1, merkt euch das immer. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jedes Menschen, meine Damen und Herren. Wenn das immer gegolten hätte, dann hätte der Mann, nach dem dieser Preis benannt worden ist, unser Land nicht verlassen müssen. Jedes Menschen!

Dann die wunderbare Präambel, die uns verpflichtet, die Einheit unseres Landes herzustellen durch die Arbeit für Europa, für die europäische Einigung, um damit dem Frieden der Welt zu dienen. Die einzige Verfassung, die es gibt, die die Außenpolitik eines Landes festlegt und das mit Zielen von dieser Bedeutung. Für mich war der Tag der Gründung der DDR ein Tag, an dem ich gefeiert habe, aber nicht die Gründung der DDR, sondern weil ich zwei Tage vorher in Leipzig die erste juristische Staatsprüfung bestanden habe. Ich hatte meine Freunde zusammengesucht und wir haben nicht nur gefeiert, sondern auch darüber nachgedacht, was nun kommen wird. Was wir nicht ahnten war, dass wir wenige Tage danach noch einmal mit unserem Zeugnis bewaffnet im Justizprüfungsamt antreten mussten. Dort saß uns die später hinreichend bekannte und berühmte Frau Benjamin, Dr. Hilde Benjamin, gegenüber, die als schreckliche Richterin gewütet hat. Wir mussten einzeln reinkommen, sie wollte sich ein Bild von der

geistigen und politischen Verfassung der jungen Juristen machen. Ich kam also herein und fand sie dort. Meine Lage war etwas prekärer als die anderer, weil ich der Liberal-Demokratischen Partei angehörte und die sowjetische Besatzungsmacht hatte ein Jahr vorher die Hochschulgruppe der Liberalen an der Universität Leipzig verboten. Unsere Vorsitzenden waren verhaftet worden. Sie begrüßte mich mit den freundlichen Worten: Guten Tag Herr Genscher. Sie sind Herr Genscher von der Liberal-Demokratischen Partei. Warum sind Sie nicht Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft? Ich sagte: Weil ich ein Freund aller Länder bin. Das fand sie nicht sehr gut und sie sagte dann: Wenn Sie Liberaler sind, was lesen Sie denn zur Zeit? Ich muss dazu sagen, ich hatte kurz vorher 6 Monate im Krankenhaus gelegen und hatte überlegt, was liest du jetzt hier? Dann dachte ich, man muss doch mal herausfinden, warum viele vernünftige Menschen jetzt in der SED sind, was sind das für Ideen und ich sagte deshalb: Ich lese zur Zeit die Klassiker des Marxismus-Leninismus. Da sagte sie: Das ist ja sehr interessant. Sie dachte, ich wollte mich anbieten und hat dann 20 Minuten eine Prüfung abgehalten in Marxismus-Leninismus. Sie sagte immer Marx das und Stalin das und Lenin das und nach 20 Minuten sagte sie: Sie haben das ja wirklich gelesen. Da habe ich gesagt: Ja, sonst hätte ich es ja nicht gesagt. Sie sagte: Jetzt habe ich noch eine Frage Herr Genscher: Wenn Sie das gelesen haben, warum sind Sie dann nicht in der SED, sondern in der LDP. Ich antwortete: Wenn ein freies Wort, Frau Präsidentin, erlaubt ist, ich bin nicht in der SED, weil ich es gelesen habe. Da kriegte sie einen ganz schmalen Mund und sagte: Was wollen Sie werden? Ich sagte: Rechtsanwalt. Da sagte sie: Das ist eine kluge Entscheidung. Denn für Menschen wie Sie ist in unserem Staat kein Platz. Damit war meine Berufsentscheidung für den Beruf des Rechtsanwalts endgültig gefallen. Ich habe das dann im Westen verwirklichen müssen.

Meine Damen und Herren, dieser große Auftrag unseres Grundgesetzes ist ein Friedensauftrag. Wenn wir heute über die Frage diskutieren, ob dieses Deutschland in der Vergangenheit vielleicht zu zurückhaltend war, so denke ich, ist es wichtig sich einmal vor Augen zu halten, unter welchen Voraussetzungen im freien Teil Deutschlands Politik gemacht werden musste. Es war ein Land zerstört, überflutet von Millionen von Flüchtlingen, besetzt, besiegt, geteilt. Ein Land, das nicht nur eine militärische Katastrophe hinter sich hatte, sondern vor allem eine moralische Katastrophe, eine politische Katastrophe und dieses Land nach dem zweiten Weltkrieg, wo auch die Geburtsstätte eines Radikalismus hätte entstehen können, eines anderen neuen, dieses Land hat sich auf seine Verantwortung besonnen. Ich sage heute, wenn Deutschland sich damals nicht für die Westintegration entschieden hätte, würden wir heute möglicherweise nicht von der Europäischen Union reden und vom westlichen Bündnis auch nicht. Das war Verantwortung in schwierigster Situation, mit einem großen inneren Ringen auch um die künftige Linie unseres Landes. Als diese Integration vollendet war, da war es dieses besiegte Land Deutschland, das nunmehr gesagt hat, wir müssen etwas tun in Richtung Osten. Gewiss, es gab eine Entscheidung - das westliche Bündnis ist von 1967 - in der gesagt wurde: Wir müssen eine gesicherte Verteidigungsfähigkeit haben, aber wir müssen auch den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beginnen. Das ist der Harmel-Bericht. Auf dieser Grundlage eröffnete die damalige Bundesregierung Brandt / Scheel die deutsche Ostvertragspolitik. Das war eine Leistung, die nur wir Deutschen erbringen konnten in ganz Europa. In der wir den Modus Vivendi fanden für die Zeit der ideologischen Teilung, der politischen Teilung des ganzen Kontinents. Das hat dieser Teilstaat vollbracht. Es ging damals darum, die Beziehungen zu entfalten. Ich denke, dass der Kniefall von Willy Brandt endgültig verständlich gemacht hat, das ist ein anderes, das ist ein neues

Deutschland. Das hat ein Vertrauen geschaffen, aus dem wir 1989, als es um die Vereinigung ging, Nutzen ziehen konnten. Dann waren wir wiederum die entscheidende Kraft dabei, dass wir mit der Europäisierung der deutschen Frage, mit der Schlussakte von Helsinki dazu beigetragen haben, dass in Europa Veränderungen möglich wurden. Dass Veränderungen möglich wurden, die am Ende dazu führten, dass in Moskau jemand an die Spitze des Landes kam, der eher auf Kooperation, denn auf Konfrontation setzte und bei uns waren es ja die Kräfte, die es durchgesetzt haben.

Meine Damen und Herren, damals haben wir der europäischen Politik eine wichtige Ausrichtung gegeben. Ich denke deshalb, dass man nicht sagen kann, wir müssten jetzt endlich oder erst richtig Verantwortung übernehmen, nein wir haben eine neue Verantwortung. Aber nicht nur wir Deutschen, das ist eine Singularisierung unseres Schicksals, wenn man von der nur deutschen Verantwortung spricht. In Wahrheit sind wir eingetreten in eine neue Weltordnung. In eine globale Gesellschaft, in der es keine entfernten Gebiete mehr gibt. In der eine Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten durchschlägt in das letzte bayerische Dorf. Eine Gesellschaft, die gekennzeichnet ist auf der einen Seite durch einen Friedenstatus und auf der anderen Seite durch entstaatlichte militärische Macht, durch Millionen von Flüchtlingen. Durch Hunger, Not, Unwissenheit, Bildungschancen, die nicht vorhanden sind. Verzweiflungsflüchtlinge, die keine andere Chance mehr sehen. Das sind die großen Menschheitsaufgaben, die uns heute gestellt sind. Da müssen wir die Frage stellen: Können und dürfen wir es uns als Europäer leisten, dass wir hier um Fragen ein Konflikt führen, der in seiner Bedeutung nichts mit dem zu tun hat, der uns aber hindert unsere Friedenverantwortung in der Welt zu erfüllen? Denn von den radikalen Kräften in anderen Teilen der Welt sind die Russen genauso bedroht wie die Deutschen und diese gemeinsame Verantwortung müssen wir erkennen und wahrnehmen können.

Ich wünsche mir, dass wir diese Verantwortung erkennen. Aber das ist eine gesamteuropäische Verantwortung. Wenn Sie alle noch einmal 25 Jahre zurückdenken. Damals als die Mauer fiel, haben Sie gedacht und ich habe es auch gedacht, mit dem Fall der Mauer ist die Teilung Europas beendet. Heute muss ich feststellen, es hat doch überall Leute gegeben, die das gar nicht für das Ende der Teilung Europas hielten, sondern für die der Fall der Mauer nur bedeutete, dass die Teilungsgrenze durch Europa nach Osten verschoben wurde an die russische Westgrenze. Das ist eine Fehlentscheidung, meine Damen und Herren, und eine Fehleinschätzung. An der russischen Westgrenze beginnt nicht Westasien, sondern Osteuropa und wir müssen das ganze Europa zusammenfassen, wenn wir das erreichen wollen, was notwendig ist, nämlich dass wir in der Welt zusammenstehen können, aber auch in den benachbarten Gebieten immer enger zusammenarbeiten. Diese Schlussakte von Helsinki, von der ich gesprochen habe, sie umfasste die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, aber auch auf der anderen Seite die Sowjetunion und alle europäischen Staaten, den Vatikan eingeschlossen. Dieses ganze Europa ist es - im Grunde genommen Amerika und Europa -, das seine Verantwortung jetzt wahrnehmen muss. Es wäre schön, wenn wir uns darauf verständigen könnten, dass wir es als unsere, nicht nur deutsche, sondern europäische Verantwortung betrachten, dass wir dafür eintreten. Was uns Deutsche angeht, meine Damen und Herren, 1989 haben wir erlebt, wie nach allem was war, nach allem was Deutschland seinen Nachbarn angetan hatte, ein Deutschland da war, das die Zustimmung fand für seine Vereinigung. Wenn Sie sich einmal die blutige Geschichte Europas ansehen, nicht nur die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts, auch die europäischen Bruderkriege davor, dann werden Sie eines feststellen, in dieser

Geschichte gab es nie eine Phase wie 1989, niemals in der Geschichte Europas waren sich die Völker in ihrem Willen zur Freiheit, zur Einheit Europas, zu Menschenrechten, zur Demokratie so einig, wie in diesem Jahr 1989. Da haben die Tschechen gewünscht, dass die Deutschen aus der Botschaft gehen können, weil sie wussten, wenn die Tore der Botschaft aufgehen, öffnen sich die Grenzen der Tschechoslowakei. In Polen war es genauso, in Ungarn auch und in der Sowjetunion auch, meine Damen und Herren. Ich wünsche mir, dass wir als Europäer, aber jetzt spreche ich für uns als Deutsche, dass wir, wenn wir von den absoluten, normalen und großen Prioritäten unserer Politik sprechen, zu allererst daran denken, dass es unsere Aufgabe ist, das den Europäern immer wieder bewusst zu machen. Wir sind das größte Land in Europa. Wir sind das Land mit den meisten Nachbarn. Wir tragen die größte Verantwortung für die innere Einheit, das Zusammenwachsen Europas. Das müssen wir tun, das ist das kostbare Erbe und das rufe ich all denjenigen entgegen, die uns Europa mies machen und zerreden wollen: Zerstört nicht was geschaffen war, sondern sichert unseren Kindern und Enkeln ein Leben in Frieden und in Freiheit!

Ich danke Ihnen.